



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

September
Nr.9/1974

BRASIL

BRASIL

Die Entwicklung des Widerstandes

CHILE

Das „Wirtschaftsmodell“ der Junta

Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

ZYPERN

Die Rolle der NATO im Zypern-Konflikt

UNO-Resolution Nr. 353

SÜDLICHES AFRIKA

Antiapartheid-Konferenz in Genf, September 1974

Antirassismus-Programm des Weltkirchenrates, August 1974

1,50 DM

Inhaltsverzeichnis:

AIB-Aktuell

Unabhängigkeit für Guinea-Bissau
und Moçambique S. 3

Chile

Roberto Alvarez Quinones
Das „Wirtschaftsmodell“ der
faschistischen Junta S. 4–7

Resolution der Internationalen
Arbeitsorganisation (ILO)
Die Verletzung der Menschenrechte
und gewerkschaftlichen Freiheiten
in Chile S. 7–8

Brasilien

AIB-Interview mit Miguel de Sousa
und Francisco Ferreira (2. Teil)
Formen und Träger
des antifaschistischen Widerstandes S. 9–13

Zypern

Dmitri Wolski
Zypern – Flugzeugträger der NATO? S. 14–16
UNO-Resolution Nr. 353 S. 16

Internationale Konferenz gegen Apart-
heid und Kolonialismus in Afrika,
Genf 2.–5. September 1974
Erklärung der ökonomischen
Kommission zu den Verletzungen
der UNO-Sanktionsbeschlüsse S. 17–19

Weltkirchenrat

Tagung des Zentralausschusses,
August 1974
Weiterführung des Antirassismus-
Programms S. 20–22

Kurzinformation

Südliches Afrika – Südkorea – Chile –
Peru S. 23–24

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer,
Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling,
Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel,
Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Bröner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Bröner, Jutta von Frey-
berg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
D. Fendt, B. Hebel-Kunze, O. Jäckel, E. Larkey, W.
Ritter, B. Schwiening.

Redaktionsschluß dieser Nummer: 19. 9. 1974

Bitte beachten Sie die Anzeige und Werbekarte der
Deutschen Volkszeitung.

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Unabhängigkeit für Guinea - Bissau und Moçambique

Die 2. provisorische Regierung Portugals unter Ministerpräsident Vasco Gonçalves, der Vertreter der "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) angehört, hatte bereits in ihrer ersten Amtshandlung ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, den Entkolonialisierungsprozeß zielstrebig voranzutreiben: Sie hob den Verfassungsartikel aus dem Jahr 1933 auf, der die "Überseegebiete" als integralen Bestandteil Portugals bestimmte.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der portugiesischen Regierung und der PAIGC führten sehr bald zum Erfolg: Am 26. August unterzeichneten die beiden Parteien in Algier das Abkommen über die Anerkennung der Unabhängigkeit Guinea-Bissaus.

In einer Erklärung der Delegation der portugiesischen Regierung und der PAIGC werden die wesentlichen Punkte aus dem Abkommen genannt:

"1. Am 10. September 1974 erfolgt seitens des portugiesischen Staates die De-jure-Anerkennung der Republik Guinea-Bissau als souveräner Staat.

2. Der von den Land-, See- und Luftstreitkräften der beiden Seiten auf dem gesamten Territorium der Republik Guinea-Bissau gegenseitig de facto eingehaltene Waffenstillstand wird vom heutigen Tage an automatisch in einen De-jure-Waffenstillstand verwandelt.

3. Beide Delegationen sind übereingekommen, daß sich die portugiesischen Streitkräfte bis zum 31. Oktober 1974 vollständig vom Territorium der Republik Guinea-Bissau zurückziehen werden.

4. Weiterhin haben sich die beiden Delegationen darauf geeinigt, daß der portugiesische Staat und die Republik Guinea-Bissau Beziehungen einer aktiven Zusammenarbeit herstellen und entwickeln, besonders auf wirtschaftlichem, finanziellem, kulturellem und technischem Gebiet, auf einer Basis der Unabhängigkeit, der gegenseitigen Achtung, der Gleichheit, der Gegenseitigkeit der Interessen sowie eines harmonischen Verhältnisses zwischen den Bürgern der beiden Republiken. Zu diesem Zweck haben beide Delegationen vereinbart, daß der portugiesische Staat und

die Republik Guinea-Bissau nach der De-jure-Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch Portugal diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene herstellen und in kürzester Frist Abkommen abschließen, durch die die neuen Beziehungen zwischen den beiden Ländern konkretisiert werden.

5. Die portugiesische Delegation bekräftigt im Namen der portugiesischen Regierung das Recht des Volkes der Kapverdischen Inseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und garantiert die Verwirklichung dieses Rechtes in Übereinstimmung mit den entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen, wobei auch der von der Organisation für Afrikanische Einheit zum Ausdruck gebrachte Wille berücksichtigt werden wird."

Durch dieses Abkommen, das am 10.9.1974 von Staatspräsident Spínola unterzeichnet wurde, erlangt Guinea-Bissau nach 500jähriger Kolonialherrschaft und 13 Jahren Kolonialkrieg seine Unabhängigkeit.

Das Volk der Kapverdischen Inseln wird nach der Bildung eines selbständigen Staates über

eine mögliche Union mit Guinea-Bissau entscheiden. In einer Mitteilung des PAIGC-Verhandlungsbevollmächtigten Pedro Pires vom 29.8.1974 heißt es dazu:

"Das Volk der Kapverdischen Inseln wird in angemessener Zeit die Nationalversammlung der Kapverdischen Inseln wählen, die den Staat der Kapverdischen Inseln ausrufen, eine Verfassung annehmen und ihre Haltung zum Unionsprinzip bestimmen wird."

Auch die mit der Befreiungsfront von Moçambique, Frelimo, in Lusaka geführten Verhandlungen endeten am 7. September 1974 mit der Unterzeichnung einer Übereinkunft zwischen der portugiesischen Regierung und der Frelimo, derzufolge Moçambique am 25. Juni 1975 seine vollständige Unabhängigkeit erlangt. Bis dahin wird das Land von einer provisorischen Regierung unter einem Ministerpräsidenten der Frelimo und einem portugiesischen Hochkommissar regiert werden. Zu zwei Dritteln setzt sich die Regierung aus Vertretern der Frelimo und zu einem Drittel aus Vertretern, die der Hochkommissar benennt, zusammen.

Das Abkommen ist zugleich eine entschiedene Absage an alle rassistischen und kolonialistischen Kräfte, die mit Unterstützung Südafrikas und Rhodesiens durch bewaffnete Unru-

hen und individuelle Terrorakte versuchen, den Entkolonialisierungsprozeß in Moçambique aufzuhalten. Die Provokationen der inneren Reaktion, die der Präsident der Frelimo, Samora Machel, als "eine Bande von Mördern, die sich aus Kriegsverbrechern zusammensetzt, Agenten der PIDE und bekannten Vertretern der Kräfte der Ausbeutung" charakterisierte, scheiterten jedoch an der gemeinsamen Gegenwehr der portugiesischen Armee und der Frelimo. Die starke Verankerung der Frelimo in der Bevölkerung sowie das gemeinsame Vorgehen von portugiesischer Verwaltung und Frelimo schaffen günstige Voraussetzungen, um ein zweites Rhodesien zu verhindern.

Ungleich schwieriger und komplizierter als in Guinea-Bissau und Moçambique aber sind die Ausgangsbedingungen des Entkolonialisierungsprozesses in Angola. Zum einen verfügt die Befreiungsbewegung in Angola nicht über die Stärkeposition und Einheitlichkeit wie die PAIGC oder die Frelimo. Zweitens finden wir in Angola den höchsten Anteil an weißen Siedlern. Zum dritten sind in der an Bodenschätzen reichsten Kolonie die ausländischen Monopole, die mit allen Mitteln die Entkolonialisierung bekämpfen, am stärksten engagiert. Beispielsweise unternimmt mit Unterstützung der amerikanischen Gulf Oil Co. die von dem ehemaligen PIDE-Agenten Alexandre Taty gegründete Separatistenbewegung "Front zur Befreiung der Enklave Cabinda" gegenwärtig den Versuch, die an Naturschätzen besonders reiche Region Cabinda von Angola abzuspalten. Mit Sprengstoffanschlägen und Attentaten auf Afrikanerviertel in der Hauptstadt Angolas, Luanda, versuchen weiße Extremisten, die schwarze Bevölkerung zu provozieren. Wie schnell der Entkolonialisierungsprozeß auch in Angola vorankommen wird, hängt in hohem Maße davon ab, wie rasch die MPLA ihre gegenwärtige innere Krise zu überwinden vermag und ob ein gemeinsamer Nenner zwischen der MPLA und der "Nationalen Befreiungsbewegung Angolas" (FNLA) gefunden werden kann.

Nicht von ungefähr griff die Militärjunta in Chile gerade in den letzten Wochen vor dem ersten Jahrestag ihres Putsches zu einer neuen Verhaftungswelle, zu neuen Todesurteilen. Dies ist ein klares Indiz dafür, daß die Unzufriedenheit der chilenischen Massen weiterwächst, daß sich die soziale und politische Isolierung der Junta vertieft und die Kräfte des antifaschistischen Widerstandes erstarben. Zu dieser Entwicklung hat die breite internationale Solidarität einen wichtigen Beitrag geleistet. Pinochets Junta, die sich vor einem Jahr zur "Ausrottung des Marxismus" anschickte, sieht sich heute mit einer weltweiten Bewegung für die Respektierung der Menschenrechte in Chile konfrontiert. Zu den herausragenden Dokumenten dieser Solidaritätsbewegung zählt die im Wortlaut wiedergegebene Resolution der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über die "Verletzung der Menschenrechte und gewerkschaftlichen Freiheiten in Chile". Dieses von der 59. Tagung

der ILO Ende Juni 1974 in Genf verabschiedete Dokument bringt den gemeinsamen Standpunkt der drei größten internationalen Gewerkschaftsdachverbände zum Ausdruck: des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) und des Weltverbandes der Arbeit (WVA).

Zu der Verschärfung der Widersprüche in Chile hat das Scheitern der Wirtschaftspolitik der Junta entscheidend beigetragen. Die Putschisten, die ihre Machtübernahme mit der Beseitigung des sogenannten "Wirtschaftschaos" zu rechtfertigen versuchten, führten Chile innerhalb eines Jahres an den Rand des ökonomischen Bankrotts: Die Inflationsrate ist mit 1.500 % die höchste der Welt, die Massenentlassungen halten an, die Produktionsziffern stagnieren etc. Der nachfolgende Beitrag des chilenischen Ökonomen Roberto A. Quinones durchleuchtet das "Neue Wirtschaftsmodell" der faschistischen Junta.

Roberto Alvarez Quinones

Das "Wirtschaftsmodell" der faschistischen Junta

Eine der ersten „Regierungshandlungen“ der von Augusto Pinochet angeführten Bande war es, die Wirtschaftsstrategie des neuen Regimes auszuarbeiten. Sie liefert einen Beweis für die Beteiligung des nordamerikanischen Imperialismus an dem verbrecherischen Putsch vom 11. September 1973 und veranschaulicht den rein faschistischen und ultrareaktionären Charakter der Philosophie und Ideologie der herrschenden Militärs.

Kürzlich hat eine Gruppe patriotischer chilenischer Wirtschaftsfachleute in der mexikanischen Zeitung „El Dia“ eine Studie über dieses sogenannte Wirtschaftsmodell veröffentlicht. In seinem Kern besteht dieses Modell darin, die Ausbeutung der chilenischen Arbeiterklasse und die dreiste Auslieferung der Wirtschaft des Landes an die imperialistischen Polypen maximal zu intensivieren.

Ausgehend von dieser wichtigen Untersuchung und von anderen Quellen, wollen wir den tatsächlichen Inhalt besagter Wirtschaftsstrategie, ihre Ziele, ihre Yankee-Herkunft, ihre katastrophalen Auswirkungen auf die Werktätigen und das Kleinbürgertum in Chile darlegen. Sie ist Teil eines antinationalen Prozesses, der die Souveränität Chiles zutiefst verletzt.

Die Hauptziele des Modells sind darauf gerichtet, die strukturellen Züge der chilenischen Wirtschaft wiederherzustellen, wie sie vor dem Sieg der Unidad Popular im September 1970 gültig waren. Diese Rückkehr beruht auf einer schrittweisen Verringerung der staatlichen Tätigkeit in

der Volkswirtschaft und auf einer immer größeren Abhängigkeit vom ausländischen, vorwiegend nordamerikanischen Kapital.

Die Grundstrukturen vor dem September 1970, die von dem chilenischen Wirtschaftsfachmann Sergio Ramos in seinem Essay „Chile – eine Übergangswirtschaft?“ als „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ aufgefaßt wurden, stützten sich auf eine starke Konzentration der Verteilung des Nationaleinkommens in wenigen Händen.

Das Modell, das die faschistische Junta jetzt einzuführen versucht, verfolgt die Restauration des traditionellen Entwicklungsschemas, das bis 1970 die chilenische Wirtschaft charakterisiert hatte und

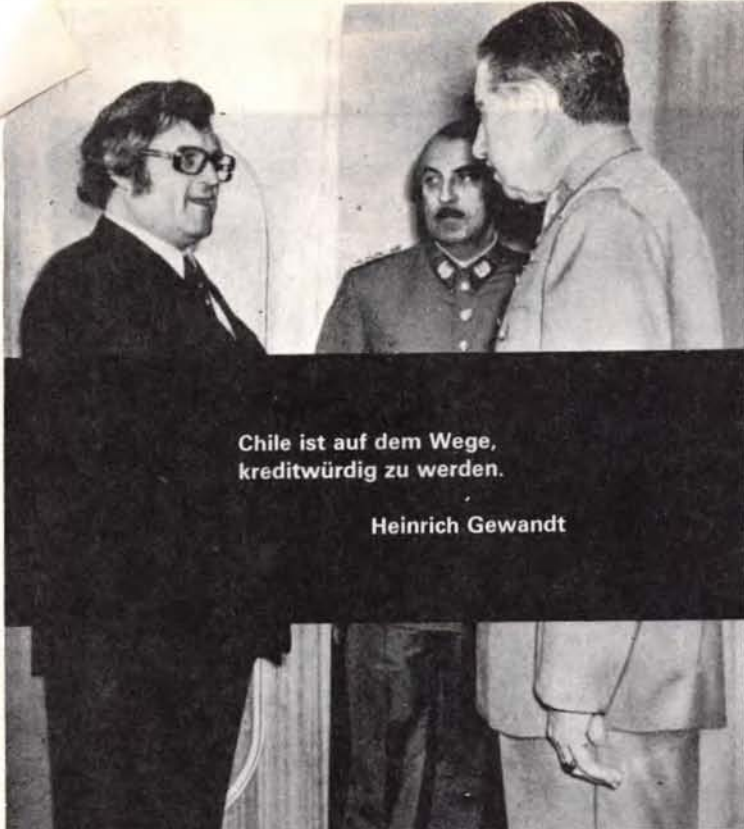
dessen Achse die „freie Marktwirtschaft“ (sprich: die Monopole) und die daraus folgende, vom Staat unterstützte Monopolisierung der Wirtschaft waren. Das neue faschistische Modell geht jedoch weiter und weist einige Unterschiede zu dem von vor 1970 auf.

Die starke Konzentration des Nationaleinkommens in den Händen weniger, wie sie jetzt erfolgen soll, wird einen Prozeß scharfer Kapitalkonzentration hervorrufen und damit eine fortschreitende Monopolisierung der Wirtschaft, diesmal verschärft durch ein offenes Eindringen des ausländischen Kapitals, den Eckstein des besagten „brandneuen“ faschistischen Modells.

Der Unterschied zwischen dem neuen



„Der Weg ist frei!“



Chile ist auf dem Wege,
kreditwürdig zu werden.

Heinrich Gewandt



Wirtschaftsmodell und dem staatsmonopolistischen Kapitalismus der christdemokratischen Epoche Eduardo Freis besteht in folgendem: Vor 1970 war der Staat

direkt an großen Industrieunternehmen beteiligt, jetzt sollen seinen Platz multinationale Gesellschaften einnehmen. Die faschistischen Militärs haben erklärt, daß sie den „übertriebenen staatlichen Protektionismus“ beseitigen und dem Markt (sprich: den Monopolen) die Aufgabe übertragen, das globale Gleichgewicht der Wirtschaft herzustellen. Außer der Wahrnehmung der traditionellen Res-

sorts der kapitalistischen Wirtschaft wie Zinssätze, Zölle, Wechselkurse usw. wird der Staat nur die strategisch lebenswichtigen Sektoren wie Kupfer, Eisen, Kohle und jene Aktivitäten mit hohem wirtschaftlichem Risiko kontrollieren, die für den Privatsektor wenig Anziehungskraft haben.

Wenn der Staat auch in beträchtlichem Maße die Initiative bei der Entwicklung neuer Unternehmen abgibt, so wird er sich doch gewiß all jene Aktivitäten vorbehalten, die die offene Unterstützung und die Erleichterungen für die ausländischen Konsortien, in erster Linie jene unter Yankee-Flagge, sichern. Um diese schändliche Auslieferung der chilenischen Wirtschaft an den Imperialismus zu rechtfertigen, bedient sich die Militärjunta der abgegriffenen klassischen Argumente, nach denen ausländisches Kapital „technologische Hilfe und zusätzliche unternehmerische Kapazität“ bedeuten. In der von der Zeitung „El Día“ veröffentlichten Studie heißt es dazu: „Es ist wichtig festzustellen, daß man bis zum Augenblick darauf hofft, das ausländische Kapital werde die Initiative übernehmen, die zuvor bei den großen Industrieprojekten der Staat hatte... Wenn es zu einem Rückgang

staatlichen Einflusses in der Wirtschaft kommt, so wird dies von Vorteil für das ausländische Kapital sein, das, zum Unterschied vom nationalen Kapital, nicht in gleichem Maße den Staat als Stimulator bei der Entwicklung neuer Projekte und zur Realisierung von Überschüssen braucht, sondern als Polizei, die ihm die Beibehaltung niedriger Löhne und soziale Ruhe sichert.“

In dieser Hinsicht, niedrige Löhne und soziale „Ruhe“ zu sichern, haben sich die chilenischen faschistischen Militärs und ihre Yankee-Berater als abgefeimte Experten erwiesen. Das Ausmaß von Unterdrückung und Terror, wie sie in Chile eingeführt wurden, hat das menschliche Empfinden auf dem ganzen Planeten verletzt und erinnert in vielem an die Zeiten der größten Macht der finsternen Nazi-Gestapo.

Ein Schlüsselement des sogenannten „Wirtschaftsmodells“ der faschistischen Bande ist die Rückgabe der Industrien, Ländereien und anderen Besitztümer, die von der Volksregierung Salvador Allendes nationalisiert worden waren, an ihre früheren Eigentümer.

Da die neue Strategie die „Privatinitiative“ zum Rückgrat hat, machten sich die Gorillas Pinochets und ihr Anhang an die Aufgabe, den Prozeß der Sozialisierung umzukehren, den die Regierung der Unidad Popular begann.

Die Beseitigung des Latifundismus und die Verstaatlichung der nationalen und ausländischen Monopole waren entscheidende Punkte in der Wirtschaftspolitik der Volksregierung. In den 35 Monaten der Regierungsausübung durch die UP wurden rund 5000 Latifundien enteignet, die unter verschiedenen rechtlichen Eigentumsformen von Bauern bearbeitet wurden. Heute befindet sich ein Teil von ihnen wieder in den Händen

der alten Großgrundbesitzer. Allein in der Provinz Cautin sind von 350 enteigneten Latifundien bereits 230 zurückgegeben worden, und weitere 40 Latifundien werden bald folgen.

Was die Industrie und die Monopole betrifft, ist das Bild noch dramatischer. Unter der Regierung der Unidad Popular wurden mehr als 500 Monopolbetriebe an den Sektor des gesellschaftlichen Eigentums der Wirtschaft übergeben. Gegenwärtig gehören 190 dieser Industriebetriebe schon wieder den alten Eigentümern. Der Wirtschaftsminister der Junta, Fernando Leniz, hat angekündigt, daß mit der großen Mehrzahl der Staatsbetriebe das gleiche geschehen werde. Der hohe faschistische Funktionär informierte darüber, daß für alle Handelsbanken des Landes und einen erheblichen Teil von Betrieben, die der Staat durch Kauf erworben hatte und deren Aktien an der Wertpapierbörse zum Verkauf angeboten werden sollen, die alten Besitzverhältnisse herzustellen beabsichtigt sei.

In den Fällen, in denen man noch nicht zur Rückgabe gekommen ist, wurden die früheren Eigentümer oder Manager der kapitalistischen Betriebe als neue staatliche Verwalter eingesetzt.

Unter der Regierung der Unidad Popular war es einer der Schwerpunkte des Wirtschaftsprogramms, zu einer gerechten Verteilung des Nationaleinkommens zu gelangen und die volle Beteiligung der Werktätigen an der wirtschaftlichen Leitung des Landes sowie an Entscheidungen jeder Art zu gewährleisten.

Die Umverteilung des Nationaleinkommens, das in den Händen der einheimischen Oligarchie und des Imperialismus konzentriert gewesen war, begann mit einer Lohnerhöhung, mit der Festsetzung

von Mindestlöhnen und mit der Erhöhung der Investitionen zur öffentlichen Wohlfahrt. Zehntausende Beschäftigungslose erhielten Arbeit und begannen am Nationaleinkommen teilzuhaben.

Nicht allein, daß das faschistische Regime heute alles versucht, um von neuem eine Konzentration des Nationaleinkommens in den Händen weniger zu erreichen. Es hat auch die Werktätigen ihrer Rechte im Produktionsprozeß beraubt, sie zu bloßen Schraubchen im Räderwerk des Produktionsprozesses gemacht und sie der unglaublichsten ökonomischen und physischen Unterdrückung unterworfen.

Im „Wirtschaftsmodell“ der faschistischen Junta ist eine Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Werktätigen nicht vorgesehen. Im Gegenteil. Der Nachdruck, den die Volksregierung auf diese Verteilung gelegt hatte, ist durch eine auffällende Betonung der „Effektivität“ ersetzt worden. Noch nicht einmal rein formal wird das Wohlergehen der Werktätigen berücksichtigt. So hat die Junta die veränderten Zuschläge abgeschafft, die die Werktätigen seit Oktober 1972 als Ausgleich für die Preissteigerungen erhielten. Die Lohnpolitik auf der Grundlage dieses „Wirtschaftsmodells“ bedeutete die Minderung der Kaufkraft der Bevölkerung um 60–75 Prozent auf der Grundlage des realen Verbraucherpreisindex. Der Junta zufolge habe die erwähnte Minderung 40 Prozent betragen, was nicht real ist.

In diesem Zusammenhang betont die von Wirtschaftsfachleuten der Unidad Popular in Mexiko veröffentlichte Studie: „Es ist eindeutig, daß man auf dem Gebiet der Einkommensverteilung rückwärts geht und bei der regressivsten Situation angelangt ist, die man in Chile kennt, seit offizielle Statistiken über volkswirtschaftliche Bilanzen und Einkommensverteilung geführt werden.“ Das „Opfer“, das die herrschenden Gorillas eiligst von den Werktätigen forderten, steht in krassestem Widerspruch zu dem einfachen „Appell an die Industriellen und Handelstreibenden“, nicht die Preise zu erhöhen... Bekanntlich sind die Preise für einige lebenswichtige Waren wie Lebensmittel, Kleidung, Schuhe usw. um mehr als 100 Prozent gestiegen.

Unter der UP-Regierung wurden die Preise für alle grundlegenden Erzeugnisse kontrolliert, wenngleich die Festpreise nicht immer respektiert wurden und sich von Tag zu Tag änderten. Das lag aber an der konterrevolutionären Weigerung des Kongresses, die gegen den Schwarzmarkt gerichteten Gesetze zu billigen.

Gegenwärtig gibt es nur noch für 30 Produkte Festpreise, während andere lebenswichtige Waren zu „freien“ Preisen gehandelt werden. Die Faschisten bestehen darauf, daß „der Markt



"Die Börse hat ihre Umsätze erhöht, sowohl in den Preisen als auch in der Menge der gehandelten Aktien, und dies auf Grund des Vertrauens in die neue Regierung, in die Tatsache, daß sie den Privatunternehmern die wahre Dimension geben wird, die sie immer hätten haben müssen."

Aus einem Interview mit dem Präsidenten der Börse von Santiago - Heynowski & Scheumann, Operación Silencio

(sprich: die Monopole) die Preise festlegt und über ihn das Einkommen verteilt und die Produktion lenkt“.

Ein anderer Faktor, den die Regierung der Unidad Popular in ihrer Strategie einer gerechten Verteilung des Nationaleinkommens benutzte, war die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, um hunderten Tausenden Arbeitslosen Beschäftigung zu geben...

Nach dem faschistischen Staatsstreich vom 11. September 1973 sind die öffentlichen Ausgaben drastisch gekürzt worden. Das führte sehr schnell dazu, daß die Arbeitslosigkeit stieg, die effektive Nachfrage auf dem Binnenmarkt sank und vor allem Tausende Familien ins Elend gestoßen wurden.

Etwas gewiß Merkwürdiges zeigt sich in der gegenwärtigen Struktur der öffent-

lichen Ausgaben in Chile. Während fast alle Etatvorschläge der Ministerien gekürzt wurden, konnte das Finanzministerium den seinen erhöhen. Dies würde unerklärlich erscheinen, ginge man davon aus, daß die Ausgaben dieses Ministeriums vor allem die Zahlung der Löhne und Gehälter des Staatsapparates einschließen, wobei diese Position durch die Massenentlassungen und durch eine Herabsetzung der Durchschnittsgehälter reduziert worden ist. Die Erklärung für dieses scheinbare Paradoxon ist, daß die Streitkräfte ihre Soldausgaben verdoppelt haben, nachdem sie bereits wegen des von ihnen verhängten „inneren Kriegszustandes“ die Offiziersgehälter um rund 80 Prozent erhöht hatten. Und als ob dies nicht genug sei, erhalten diejenigen faschistischen Militärs, die Posten im Staatsapparat innehaben, das Dreifache ihrer normalen Gehälter.

Aus politischen Gründen ist fast ein Drittel der Werktätigen des öffentlichen Sektors entlassen worden. Durch die Verringerung der öffentlichen Ausgaben werden die Entlassungen weiter zunehmen. Insgesamt haben selbst nach Angaben des Nationalinstituts für Statistik vom 11. September 1973 bis Januar 1974 mehr als hunderttausend Werktätige ihren Arbeitsplatz verloren.

Diese Lage wird sich unausweichlich verschärfen, denn in dem Maße wie die allgemeine Kaufkraft zurückgeht, verringert sich auch der Umsatz und damit das Produktionsniveau, das wiederum die kapitalistischen Unternehmer dazu veranlassen wird, immer mehr Arbeiter zu entlassen.

(Aus „Granma“, 12. und 17. Juni 1974)

Resolution der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

Die Verletzung der Menschenrechte und gewerkschaftlichen Freiheiten in Chile

Die Generalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geht von folgenden Erwägungen aus:

Sie ist zutiefst beunruhigt über den Ernst der Lage in Chile, über die Verhaftung, Hinrichtung und Deportierung von Gewerkschaftern, über die Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Rechte, über die Auflösung von Gewerkschaftsorganisationen und die Beschränkung des Vereinigungsrechtes sowie des Rechtes auf Kollektivverhandlungen.

Sie verweist auf die Berichte und Empfehlungen des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit, die dem Verwaltungsrat auf seiner 191. Tagung (November 1973) und 192. Tagung (Februar/März 1974) vorgelegt und von ihm angenommen wurden.

Sie stellt fest, daß die Militärjunta die Arbeitswoche um vier Stunden verlängert (Verordnung Nr. 35) und gleichzeitig einen Lohnstopp angewiesen hat, wodurch alle gesamtstaatlichen und für einzelne Wirtschaftszweige abgeschlossenen Tarifverträge in Chile verletzt wurden. Diese Maßnahmen der Junta stellen eine eindeutige Verletzung der in der Verfassung der ILO und in dem auch von Chile ratifizierten Übereinkom-

men (Nr. 1) über die Arbeitszeit (Gewerbe) niedergelegten Grundsätze und Normen dar.

Sie stellt fest, daß die chilenischen Behörden (Notverordnung Nr. 32) Zehntausende von Arbeitern in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Dienstleistungsgewerbe, im öffentlichen Dienst und an den Universitäten entlassen und die Beschäftigung dieser Personen verboten haben (Notverordnung Nr. 32), was eine Verletzung der elementarsten Grundsätze der Nichtdiskriminierung auf Grund der politischen oder gewerkschaftlichen Überzeugung und vor allem der Bestimmungen des auch von Chile ratifizierten Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, darstellt.

Sie weist darauf hin, daß die Militärjunta die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und Arbeitsschiedsgerichte unterbunden hat (Verordnung Nr. 36), wodurch die für die Rechtsprechung in Arbeitssachen zuständigen Stellen einer strengen Kontrolle durch die Militärbehörden unterworfen wurden.

Sie nimmt zur Kenntnis, daß der Verwaltungsrat beschlossen hat, die chileni-



schen Behörden um Zustimmung zu ersuchen, daß ein Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß in der Frage der Vereinigungsfreiheit entsandt wird.

Sie nimmt zur Kenntnis, daß die chilenischen Behörden auf das Ersuchen des Verwaltungsrates nunmehr eine zustimmende Antwort erteilt haben.

Die Konferenz fordert die chilenischen Behörden eindringlich auf,

a) mit der Verletzung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte Schluß zu machen und alle Einschränkungen gewerkschaftlicher Arbeit aufzuheben;

b) die Konzentrationslager zu schließen, in denen Arbeiter sowie Gewerkschaftsführer und -vorkämpfer aus politischen Gründen interniert sind;

c) im Rahmen einer Generalamnestie Leben und Freiheit der verhafteten, deportierten oder inhaftierten Arbeiter sowie Führer und Vorkämpfer der

Gewerkschaften und die Tätigkeit aller politischen Parteien zu gewährleisten;

d) die seit dem 11. September 1973 erlassenen Gesetze, Notverordnungen und Unterdrückungsmaßnahmen aufzuheben, damit die chilenischen Arbeiter ihre demokratischen Freiheiten und gewerkschaftlichen Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können;

e) die Auflösung der Einheitszentrale der Werktätigen (CUT) rückgängig zu machen und die freie Tätigkeit dieses Verbandes zu gewährleisten;

f) die Ausnahmegerichte aufzulösen und die Arbeit der Gewerkschaften der Militärgerichtsbarkeit zu entziehen;

g) die Folterungen von Gewerkschaftsführern und -vorkämpfern einzustellen und die für solche unmenschlichen Handlungen Verantwortlichen zu bestrafen;

h) allen Führern von Gewerkschaften, politischen Parteien und Verbänden, die

in ausländischen Botschaften Asyl gefunden haben, freies Geleit zu gewähren.

Die Konferenz ersucht den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, den Generaldirektor anzuweisen,

a) mit äußerster Dringlichkeit die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um den Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß zu entsenden;

b) gemäß Artikel 26, Absatz 3 und 4 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Nichtdurchführung der von Chile ratifizierten Übereinkommen (Nr. 1) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, in diesem Land untersuchen und der 195. Tagung des Verwaltungsrates einen diesbezüglichen Bericht vorlegen soll;

c) die Entwicklung der Lage der Gewerkschaften in Chile ständig zu verfolgen und der 194. Tagung des Verwaltungsrates sowie der 60. Tagung der Konferenz (1975) Berichte vorzulegen.



Brasilien

Die beiden Repräsentanten der Kommunistischen Partei Brasiliens (PCB), M. de Sousa und F. Ferreira, gaben der Redaktion des AIB Ende Juni d.J. ein Interview, dessen ersten Teil wir in der Nr. 7-8/1974 des AIB veröffentlichten.

Der nachfolgende 2. Teil des Interviews vermittelt einen Überblick über die Widerstandsaktionen der brasilianischen Arbeiter, Bauern, Studenten und der Kirche - sowie über Kampfformen und Organisiertheit der antifaschistischen Opposition.

AIB - Interview mit Miguel de Sousa und Francisco Ferreira (2.Teil)

Formen und Träger des antifaschistischen Widerstandes

FRAGE: Gibt es in Brasilien gegenwärtig Anzeichen für einen Aufschwung der sozialen Kämpfe, speziell der Gewerkschaftsbewegung? Kann man von einem Erstarren des politischen Widerstandes sprechen?

Welche Forderungen und Ziele stehen dabei im Mittelpunkt?

Welche sozialen Kräfte und politischen Organisationen nehmen aktiven Anteil am Widerstand? Welche Rolle spielt dabei die Kirche? Und insbesondere solche Persönlichkeiten wie Helder Camara?

ANTWORT: Die Zeit politischer Verwirrung in ganz Lateinamerika - gekennzeichnet durch Diskussionen über die verschiedenen Wege zur Revolution, die auf die Alternative 'friedlicher Weg' oder 'bewaffneter Kampf' zugespitzt wurden - hat auch die Widerstandsbewegung in Brasilien stark beeinflusst. Ein Teil des Widerstands schlug zeitweilig den Weg des Abenteuertums ein und versuchte, die ersten bewaffneten Aktionen in Brasilien durchzuführen. Diese Gruppen fielen den Massakern der Repression zum Opfer, die meisten ihrer politischen Führer wurden ermordet, ein großer Teil befindet sich in den Gefängnissen oder im Ausland. In jedem Fall kann man sagen, daß sie innerhalb des Landes nicht mehr handlungsfähig sind.

Bis 1968 gab es aber auch starke Massenbewegungen gegen die Diktatur, große Streiks wie z.B. in Contagem in Minas Gerais oder in Osasco in Sao Paulo mit Fabrikbesetzungen usw. Auch in Guanabara und in den Straßen von Rio de Janeiro fanden eindrucksvolle Demonstrationen statt. Die Jahre 1969, 1970 und auch 1971 waren im Hinblick auf die antifaschistischen Massenkämpfe Jahre des Stillstandes - Resultat der ideologischen Verwirrung der letzten Jahre und der enormen Verstärkung des Repressionsapparates, der die Massen einschüchterte. Aber mit der Zeit lernte die Widerstands-



"10 Jahre Terror in Brasilien" -
Plakat des Internationalen Studentenbundes

bewegung Brasiliens auch unter den neuen Bedingungen der Repression handlungsfähig zu bleiben und organisierte sich von neuem. Die Gewerkschaftsbewegung erlebte einen Auftrieb, die Zahl der Gewerkschaften stieg von 1.948 im Jahre 1964 auf 2.984 im Jahre 1971. In den letzten beiden Jahren erstarkte die Arbeiterbewegung wieder, was sich auch in Lohnkämpfen manifestierte. Natürlich richteten sich die Forderungen der Arbeiter heute hauptsächlich auf die Erhöhung ihrer Löhne und gegen die Willkür der Unternehmer. Allein im Jahre 1972 gingen am Arbeitsgericht 400.000 Anzeigen gegen Unternehmer ein. Neben den Streiks wie in Santos, São Paulo und Guanabara werden die verschiedensten Kampfformen angewandt, um der Unterdrückung entgegenzuwirken. Zum Beispiel wurde die 'Operation Schildkröte' durchge-

führt, gegen die die Unternehmer nahezu machtlos waren: Die Arbeit wurde nur langsam erledigt und die Produktion auf diese Weise mehr

und mehr gesenkt. Eine andere Form des Widerstands ist die Herstellung von fehlerfreien Produkten, wobei der Arbeiter so gewissenhaft und perfekt arbeitet, daß er nur halb soviel herstellen kann. Dies ist eine andere Variante der Operation Schildkröte, die aber gleiche Ergebnisse zeigt. Daneben gibt es noch weitere Möglichkeiten, wie z.B. die Paralyse von strategisch wichtigen Punkten innerhalb eines Betriebes. 1973 wurde die Arbeit von 33.000 Arbeitern im Volkswagenwerk in São Paulo (VW do Brasil) blockiert, weil 3.000 Arbeiter aus der Montage die Überstundenarbeit verweigerten. Dadurch konnte schließlich eine wenn auch geringe Lohnerhöhung von 9% erzwungen werden.

Mit solchen Kampfformen werden in letzter Zeit immer mehr Arbeiter in Brasilien mobilisiert, und der massive Widerstand wird durch Unterschriftensammlungen und Demonstrationen gestärkt. Anlässlich des Verbots der 1.Mai-Kundgebungen im Bundesstaat São Paulo im Jahr 1973 nahmen die Gewerkschaftsführer Kontakt mit der katholischen Kirche auf. Sie formulierten eine Deklaration, die die politischen und ökonomischen Mißstände anprangerte, mit dem Ergebnis, daß die Arbeiter zur Messe gingen und nicht zu den offiziell von der Regierung veranstalteten Maifeiern. In 320 Messen verlas man die Deklaration der Arbeiter. Auch das ist eine Form, der gewalttätigen Unterdrückung in Brasilien entgegenzuwirken. Wenn heute in Teilen der katholischen Kirche um Lohnerhöhungen gebetet wird - eine weitere Art, gegen Gewalt und Unterdrückung zu protestieren - so ist das hauptsächlich das Verdienst einer Bewegung in der Kirche, die von den sogenannten Arbeiterpfarrern ausgeht.

Selbst bei der von der Regierung inszenierten Wahlfarce zeigte sich die in Brasilien existierende Opposition: Obwohl es bei den letzten Wahlen 31 Millionen Wahlberechtigte gab (Analphabeten dürfen nicht wählen), erhielt die Regierungspartei ARENA nur 6 Millionen Stimmen. Mit diesen 6 Millionen Stimmen kontrolliert die ARENA 80% aller Ämter in Brasilien.

Selbst innerhalb der Diktatur gibt es bereits Erscheinungen des Widerstands gegen den Faschismus. Der Präsident des obersten Gerichtshofes erklärte kürzlich, daß Brasilien das einzige Land der Welt sei, in dem Richter ohne Darlegung der Gründe und ohne eine Verteidigungsmöglichkeit abgesetzt werden könnten. Er



Arbeitslose brasilianische Docker

forderte eine Aufhebung der Einmischung der Exekutive in die Rechtssprechung. Auch die Rechtsanwaltsvereinigung beschuldigt die staatlichen Institutionen immer wieder der illegalen Gewalttätigkeiten. Und sogar der Präsident des obersten Militärgerichtes meinte: "In Wirklichkeit zeigt sich überall, daß in Brasilien von der Justiz keine Macht ausgeht, sondern daß die Justiz im Dienste der Macht steht." So sagte er wörtlich und gleichzeitig verurteilte er die Gewalttätigkeiten gegenüber politischen Gefangenen. In den Gefängnissen protestieren die politischen Gefangenen immer wieder. Ende 1972 gab es viele Hungerstreiks in den brasilianischen Gefängnissen, und der Protest der Häftlinge gegen Mißhandlungen erregte großes Aufsehen in der brasilianischen Öffentlichkeit.

Auch an den Universitäten wächst eine immer stärkere Opposition gegen das Regime heran. Es fand eine Reorganisation innerhalb der Universitäten statt, und heute arbeitet der größte Teil der studentischen Organisationen legal. Es gibt Tausende von Zeitungen in den Universitäten, die im allgemeinen unzensuriert erscheinen. Eine große studentische Kundgebung wurde im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit der Kirche durchgeführt. Alexandre Vanutti Leme, Student der Universität São Paulo, 22 Jahre alt, war festgenommen und in den Folterkammern der Diktatur umgebracht worden. Daraufhin bildeten Vertreter der Kirche, der studentischen Organisationen, Kommunisten und andere politische Kräfte eine Kommission, die eine Messe für diesen ermordeten Studenten organisierte. Die Messe fand in der Kathedra-

le von São Paulo am 30. März 1973 statt, genau einen Tag vor dem Jahrestag des Militärputsches. Obwohl die Kathedrale und auch die Universität von der Polizei umstellt war, nahmen 5.000 Menschen an dieser Messe teil. Die Teilnehmer, hauptsächlich Studenten, sangen die von der brasilianischen Diktatur verbotenen Lieder und protestierten gegen die Ermordung Alexandre Vanutti Lemes. Das war eine der ersten Massendemonstrationen von Studenten seit 1968.

Diese Ereignisse, die die Entwicklung der Widerstandsbewegung vorantrieben, führten in den vergangenen Monaten in Sao Paulo zur Bildung eines nationalen Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen. In diesem Komitee arbeiten kirchliche Vertreter, studentische Organisationen, Anwaltsvereinigungen wie auch demokratische Persönlichkeiten zusammen. Dieses Komitee fordert, legal arbeiten zu können und will die politischen Gefangenen in Brasilien in allen Belangen verteidigen.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß unsere Partei in der Folge der Widerstandsbewegungen Ende vorigen Jahres eine Deklaration herausgegeben und die Bildung einer 'Patriotischen Front gegen den Faschismus' gefordert hat. Wir glauben, daß die augenblicklichen politischen Zustände es zulassen, ein Minimalprogramm zu entwickeln und gegen den Faschismus in Brasilien den Kampf zu führen. Wie Ihr wißt, ist Brasilien ein sehr großes Land und deshalb ist es auch bei der momentanen Unterdrückung in unserem Land sehr schwierig, alle politischen

Kämpfe zu koordinieren. Natürlich haben wir einen Gesamtüberblick über die verschiedenen Aktionen gegen die Diktatur und auch eine gemeinsame strategische Linie, aber die augenblickliche Phase, in der wir uns befinden, läßt noch kein nationales Kommando zu. Die Bildung der 'Patriotischen Front gegen den Faschismus' soll uns auf diesem Weg weiterhelfen. Wir hoffen, daß alle wesentlichen Forderungen der Opposition in dieser antifaschistischen Front vereinigt werden können.

Die Bauerngewerkschaften haben schon eine Vielzahl von nationalen Treffen organisieren können. Immer wieder sind dabei die Forderungen nach einer Landreform und nach Ausweitung der Gesetze für Industriearbeiter auch auf die Landarbeiter formuliert worden. In der Landwirtschaft Brasiliens haben die Arbeiter keine Rechte. Oftmals können sie nur während der Saison arbeiten, der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn wird nicht bezahlt, Urlaub für Landarbeiter gibt es ebenso wenig wie eine Altersversorgung. Rechte, die die Industriegewerkschaften bereits errungen haben, lassen auf dem Lande noch auf sich warten.

Die Gewerkschaften der Industriearbeiter haben in den letzten 3 Jahren etwa 30 nationale Treffen durchgeführt, bei denen immer wieder die Wirtschaftspolitik der Diktatur verurteilt, die freie gewerkschaftliche Betätigung und demokratische Freiheiten gefordert wurden. 1970 verbot die Diktatur die Veröffentlichung der auf dem Kongreß der Industriegewerkschaften in Brasilia erhobenen Forderungen, obwohl es sich um einen legalen Gewerkschaftskongreß



Eine weitverbreitete Erscheinung: Kinderarbeit



Geheime Versammlung von Landarbeitern

handelte.

Die katholische Kirche beteiligt sich aktiv an den Kämpfen gegen die Diktatur. Und ein großer Teil bekämpft nicht allein den Faschismus Brasiliens, sondern wendet sich gegen den Kapitalismus und fordert die Sozialisierung der Produktionsmittel. Diese Positionen finden sich im wesentlichen in zwei Dokumentationen: Bei der ersten handelt es sich um eine Schrift, die im vergangenen Jahr von den Bischöfen aus dem Nord-Osten veröffentlicht wurde, die zweite gaben Bischöfe aus dem Zentral-Osten Brasiliens heraus. Die Bischöfe verurteilen hierin den Kapitalismus und stellen fest, daß die Probleme Brasiliens ihren Ursprung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben. Das heißt, daß in Brasilien der Kapitalismus und damit das Privateigentum durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ersetzt werden muß. Das sind die Forderungen des progressivsten Flügels der katholischen Kirche, dem auch Dom Helder Camara angehört, der aber heute keine isolierte Stimme in der brasilianischen Kirche ist. Andere Bischöfe und Kirchenrepräsentanten stellen die gleichen Forderungen, ja, sind sogar noch fortschrittlicher als Helder Camara. Insgesamt gesehen ist die Kirche antifaschistisch und kämpft für die demokratischen Freiheiten und Menschenrechte in Brasilien. Dabei beschränkt sie sich nicht auf die Theorie, sondern verteidigt auch in der Praxis des Alltags diese Freiheiten.

Zurückkommen möchten wir nochmals auf den Kampf der Studenten gegen die Bildungspolitik der Diktatur. Aber auch auf allgemeinpolitischer Ebene fordern die Studenten demokratische Rechte und sind Teil der brasilianischen

Opposition. Vor allem der 1968 verkündete Konstitutionelle Akt Nr. 5 und das besonders den Universitätsbereich betreffende Gesetz 477 sind die legalisierten Mittel, mit denen die demokratischen Studenten unter Druck gesetzt werden, z.B. wenn sie wegen 'politischer Betätigung' für drei Jahre von der Universität verwiesen werden können. Das gilt sowohl für Studenten als auch für Professoren und Angestellte der Universitäten. Die Forderungen der Studenten sind: Abschaffung dieser Gesetze, allgemeine Amnestie für alle politischen Häftlinge und alle politisch Verfolgten, Senkung der Lebenshaltungskosten, Erhöhung der Löhne und des allgemeinen Lebensstandards, Durchführung einer Agrarreform, Verbesserungen der Lage der Landbevölkerung und Verteidigung der nationalen Reichtümer. Diese letzte Forderung bezieht sich auch auf das Verhältnis Brasiliens zu den imperialistischen Ländern und seinen lateinamerikanischen Nachbarn sowie auf eine friedliche Außenpolitik des Landes allgemein. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Diskussion über die nationale Bourgeoisie, eine Diskussion, die seit Jahren geführt wird. Heute ist man sich darüber einig, daß die nationale Bourgeoisie erstens ökonomisch und zweitens politisch vom ausländischen Kapital abhängig ist und deswegen nicht die Voraussetzung erfüllt, eine demokratische Entwicklung in Gang zu setzen und ebensowenig in der Lage ist, eine traditionelle bürgerlich-demokratische Revolution durchzuführen. Wir sind der Meinung, daß heute das Rückgrat der Opposition in der brasilianischen Gesellschaft die Arbeiterklasse ist, insbesondere die Industriearbeiter, die in den großen Betrieben arbeiten. Die brasilianische Industrie ist mittler-

weile so weit entwickelt, daß sie 90% der nationalen Bedürfnisse befriedigen kann. Das bedeutet, daß unsere Politik darauf zielt, die Arbeiter zu mobilisieren. Ebenso stehen Teile der Mittelschicht in Opposition zur Diktatur, wenn ihnen auch noch die notwendigen Organisationsformen fehlen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Aber sie protestieren gegen die Zensur, gegen die instabile Lage, gegen den Terror, unter dem unser Land lebt. So ist zum Beispiel von den Intellektuellen eine Kampagne gegen die Zensur und gegen die 'Dunkelmänner-Politik' der Diktatur durchgeführt worden, die alle politischen, philosophischen, ideologischen und religiösen Strömungen vereinigte. Zu diesem Sektor der Mittelschicht, des Kleinbürgertums gehören auch die Studenten der Universitäten, über deren politische Aktivitäten wir ja schon gesprochen haben. Die Studenten, die ja zum größten Teil aus der Mittelschicht stammen, haben die Möglichkeit, das untere und mittlere Bürgertum zu beeinflussen, und ihre Forderungen stehen dieser Schicht nahe.

FRAGE: Angesichts der expansionistischen Lateinamerika-Politik des BRD-Imperialismus - speziell seines Engagements in Brasilien - stellt sich für die fortschrittlichen Kräfte unseres Landes nachdrücklich die Frage nach den inhaltlichen Schwerpunkten der Solidarität mit dem brasilianischen Volk. Welche Anregungen können Sie uns hierzu geben?

ANTWORT: Die Solidarität, die ihr in der letzten Frage anspricht, ist für uns gegenwärtig von großer Bedeutung. Diese Solidarität muß vor allem in den kapitalistischen Ländern Europas entwickelt werden. Tatsachen wie z.B. die Expansionsbewegungen des brasilianischen Faschismus müssen in Europa verbreitet werden. Es muß bekannt gemacht werden, wie Brasilien dazu mißbraucht wird, die anderen lateinamerikanischen Völker zu unterdrücken. Neben der politischen Solidarität ist für uns auch die materielle Solidarität sehr wichtig. Über deren Umfang entscheiden natürlich die Möglichkeiten, über die ihr verfügt.

In unserer heutigen Lage ist jede Form der Solidarität enorm wichtig, und wir glauben, daß die internationale Erfahrung auch bereits bewiesen hat, daß es der internationalen Solidarität bedarf, um den Faschismus zu besiegen, einer Solidarität, die intensiv, stark und fest sein muß. Das ist es, was wir allgemein über die Solidarität zu sagen haben. Auf Brasilien direkt bezogen, heißt Solidarität: die Forderung nach Einstellung der Folterungen und politischen Morde, nach einer allgemeinen Amnestie für alle politischen Gefangenen, der Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterstützung des Widerstandes in Brasilien, über den wir Euch einiges berichtet haben.



Zypern

Dmitri Wolski

Zypern - Flugzeugträger der NATO?

Es ist klar, daß die Versuche, die Zypernfrage hinter dem Rücken seines Volkes, im „Familienkreis“ der NATO zu lösen, sich störend auf die Normalisierung der Lage auf der Insel, und im anstößenden Raum auswirken. Die Feueinstellung wird fortwährend verletzt. Zu den 5000 Opfern der Julikämpfe kommen täglich immer neue Gefallene und Verwundete hinzu. Auch die Existenz des unabhängigen zypriotischen Staates ist nach wie vor bedroht. Die Gegner der Sicherheit im östlichen Mittelmeer beileben sich, die Gelegenheit zu benutzen, um die Spannungen dort noch mehr zuzuspitzen.

Gewisse westliche Beobachter tun so, als wäre die Zypernfrage schon uralte. Es bestehe kein Grund zur Beunruhigung, reden sie der Öffentlichkeit ein. Am 20. Juli wurde die Resolution des Sicherheitsrates Nr. 353 angenommen, die den Weg zur Normalisierung freilege. Die griechische Junta, die den Umsturz auf Zypern angezettelt hat, ist selber, wie die **Washington Post** schreibt, „diesem Umsturz zum Opfer gefallen“. Auch die Putschistenregierung in Nikosia ist gefallen. Die Garanten — Großbritannien, Griechenland und die Türkei — haben ihre Deklaration ausgearbeitet und eine neue Verhandlungsrunde in Genf eingeleitet. Zudem vermittelt zwischen Athen

und Ankara der stellvertretende Außenminister der USA Hartman, ein sehr erfahrener Diplomat.

All das stimmt. Und doch hat sich die Lage trotz all dem, gelinde gesagt, nicht verbessert. Ist das nicht verwunderlich?

Nein, wenn man die Situation aus der Nähe betrachtet. Die Misere besteht eben darin, daß bestimmte NATO-Kreise, die sich in der Zypernfrage diplomatisch besonders rege zeigen, gar nicht daran denken, die besagte Resolution zu erfüllen. Eigentlich haben sie es, wie man u. a. aus der in Genf angenommenen Deklaration der drei Staaten ersieht, darauf angelegt, die Besetzung durch fremde Truppen zu verankern und eine Aufteilung der Insel herbeizuführen. Dabei heißt es in der Resolution des Sicherheitsrats ganz eindeutig, es sei notwendig, die verfassungsmäßige Einrichtung der Republik Zypern wiederherzustellen, ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu respektieren, „die ausländische militärische Intervention sofort einzustellen“ und ausländisches Militärpersonal von der Insel „unverzüglich zurückzunehmen“. Das sind die Hauptpunkte der Resolution Nr. 353. Bekanntlich stimmten die NATO-Länder dafür und übernahmen also ganz eindeutige Verpflichtungen. Etwas anderes ist freilich, ob sie willens sind, den Verpflichtungen

nachzukommen.

Schauen wir, was die westliche Presse dazu sagt. Die Wochenschrift **Tribune** (London): Die englische Regierung gehe in ihrer Einstellung zur Zypernkrise „nicht von den Verpflichtungen Großbritanniens gegenüber der UNO, sondern vor allem von den Interessen der NATO aus, wobei sie praktisch den USA folgt“. Eine so gut informierte amerikanische Zeitung wie die **New York Times** meint: „In Washington sind die meisten der Ansicht, daß die USA-Regierung vieles im voraus gewußt hat... Warum haben die USA keine Vorbeugungsmaßnahmen noch vor dem Umsturz auf Zypern getroffen?“ Das bleibe „in gewissem Maße rätselhaft“.

Keineswegs rätselhaft sind dagegen die alten Träume des Pentagons und der NATO-Strategen, Zypern zu einem Aufmarschgebiet zu machen, das die jungen unabhängigen Staaten, vor allem im arabischen Osten, bedrohen würde.

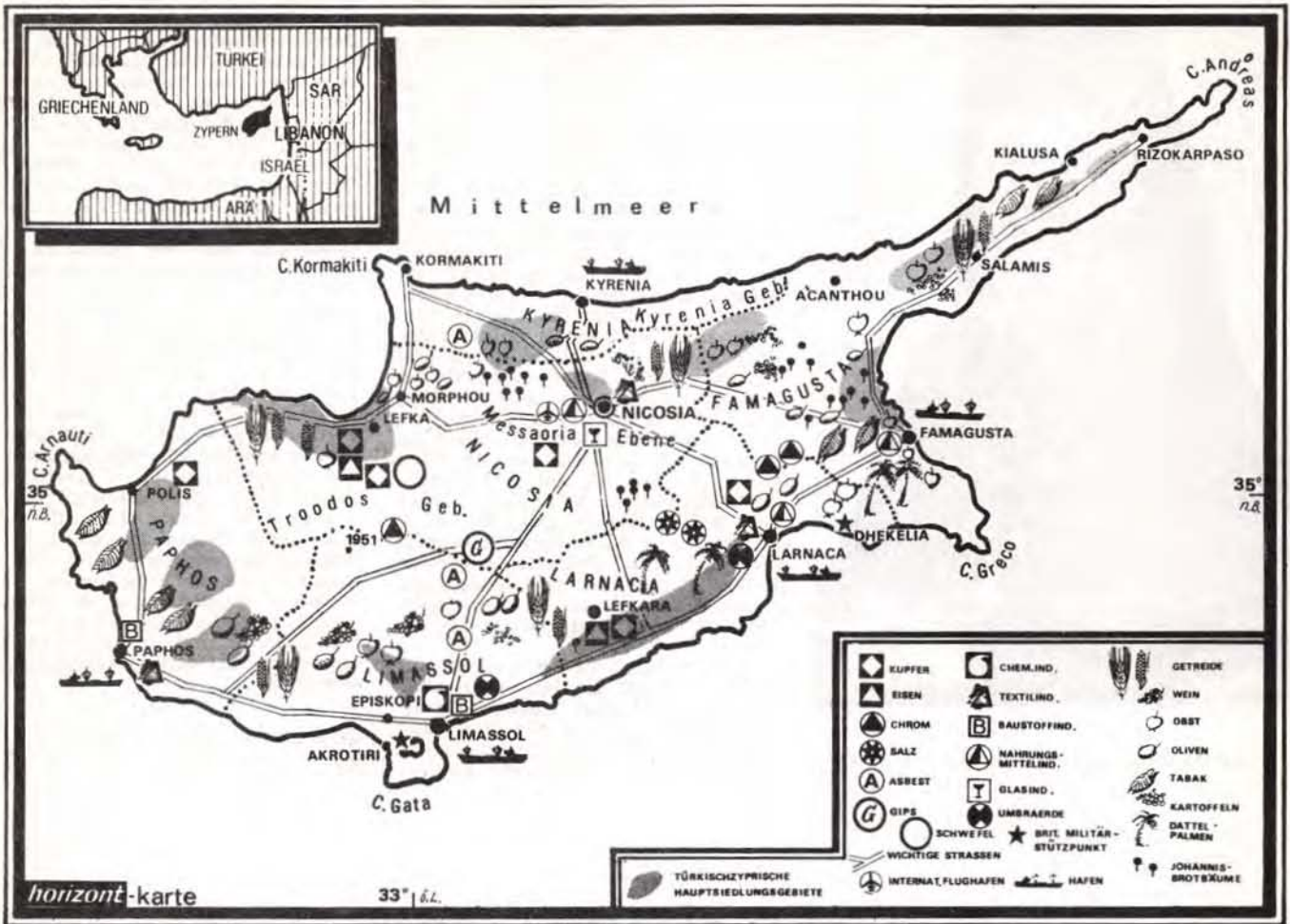
Die gesamte Geschichte der Republik Zypern ist eine Geschichte des harten Kampfes um die Festigung der staatlichen Souveränität, um das Recht auf selbständige Politik. Die Gegner des unabhängigen Zypern haben alle Hebel in Bewegung gesetzt: Sie spekulieren auf die Fehden zwischen der griechischen und der türkischen Bevölkerung der Insel, sie berufen sich auf die „Garantien“ der drei NATO-Länder, die seinerzeit gemäß dem Züricher und dem Londoner Abkommen aufgezwungen wurden. Die britischen Militärstützpunkte auf Zypern haben natürlich auch ihre Rolle gespielt, mußten doch die Zyprioten bei ihrem Anblick stets daran denken, daß die westlichen Strategen die Hand auf ihrer Insel halten.

Um so ehrenhafter ist es für das kleine mutige Volk, das es vermocht hat, seine Selbständigkeit zu behaupten. Wie wichtig das für den Frieden und die Ruhe im ganzen östlichen Mittelmeer war, sah man ohne weiteres. Im Flughafen von Nikosia kreuzen sich die wichtigsten internationalen Luftstrecken, sein kleines Gebäude faßte nur mit Mühe die zahlreichen Transitpassagiere. An den Kais von Famagusta und Limassol lagen Schiffe aus verschiedensten Ländern friedlich nebeneinander und veranschaulichten die umfangreichen und vielseitigen auswärtigen Verbindungen Zyperns. Die gemütliche und gastfreundliche Hauptstadt Zyperns empfing wiederholt die Teilnehmer internationaler Treffen bei sich, z. B. solcher, die im Rahmen der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung stattfanden. Zypern nahm einen würdigen Platz unter den blockfreien jungen Staaten ein.

Nur natürlich daher, daß die gegenwärtigen Ereignisse auf Zypern



Wie sich die NATO die Zypern-Lösung vorstellt...
Aus „Volksstimme“, Wien



in den Mittelmeer- und Nahoststaaten Alarm ausgelöst haben. Die Regierungen vieler dieser Länder und gesellschaftliche Organisationen gaben spezielle Erklärungen ab. „Die arabischen Völker“, hieß es z. B. in der Erklärung des Nationalen Rates der Friedensanhänger Syriens, „verfolgen besorgt die Entwicklung auf Zypern und erblicken in ihr einen direkten Zusammenhang mit der Verschwörung des Weltimperialismus und der Reaktion, namentlich des USA-Imperialismus und Israels, gegen die arabische Freiheitsbewegung.“

Dieser Standpunkt ist in der arabischen Welt weit verbreitet. Die Wochenschrift **Al-Hadaf** (Beirut) erinnert an die Dreieraggression von 1956, als auf Zypern stationierte britische Flugzeuge Ägypten mit Bomben belegten, und warnt vor möglichen Versuchen, die Insel „als Anhängsel der bestehenden NATO-Stützpunkte, die um die arabische Welt gelegen sind“, zu benutzen.

Tatsächlich wollen die imperialistischen Strategen, nachdem sie die meisten Stützpunkte in den arabischen Ländern selbst verloren haben, ihre Aufmarschgebiete so anlegen, daß sie die genannten Länder von außen in Schach halten zu können. Erinnert sei z. B. an die Pläne, eine große Base des Pentagons auf der Diego-Garcia-Insel anzulegen, die die südlichen Gebiete der arabischen Welt unmittelbar bedrohen würde. Wenn es also dem imperialistischen Militärlügel gälte, Zypern unter seine Kontrolle zu bringen, würden sich die

Länder des arabischen Ostens in einer Art strategischen Zange sehen.

Viele Beobachter stellen die Frage, ob im Verhalten des Westens zur Zypernkrise nicht das Bestreben der

Neokolonialisten zum Ausdruck komme, unter den neuen Bedingungen die alte britische „strategische Kette“ vom Gibraltar über das Rote Meer und den Indischen Ozean bis zum Fernen Osten zu legen. England würde dabei jetzt nur eine Hilfsrolle spielen können, aber die Pläne an sich wirken durchaus glaubwürdig.

Was die Räume um Zypern angeht, so ist schon jetzt die negative Einwirkung des Konflikts auf die Atmosphäre um die Beilegung des Nahostkonfliktes zu spüren. Besorgt stellten die arabischen Zeitungen fest: Die Gegner der Regelung möchten die Zypernkrise dazu benutzen, die konstruktiven Bemühungen um einen gerechten Frieden im Nahen Osten zu vereiteln. Mitten in der Krise ging der israelische Außenminister Allon nach den USA, wo er wortwörtlich folgendes erklärte: „Die Nahostfriedenskonferenz in Genf ist nicht von Belang, bis Ende d. J. wird bei der Regelung kein nennenswerter Fortschritt erzielt werden.“

Das ist noch nicht alles. Anfang August veranstaltete das israelische Oberkommando das größte Manöver der letzten Zeit, bei dem Heer, See- und Luftstreitkräfte zum Einsatz kamen. Die Angriffe auf Libanon dauern an. Generalstabschef Gur erklärte, in Tel Aviv erwäge man die Möglichkeit eines ersten Schlages

gegen Ägypten oder Syrien. Auch andere israelische Politiker drohen den arabischen Ländern mit einem „Präventivkrieg“. In ihren abenteuerlichen Plänen zogen sie stets die Südflanke des Atlantikblocks in Betracht und würden natürlich den Versuch begrüßen, dieser Flanke eine Insel anzugliedern, die von den arabischen und israelischen Grenzen nur durch einen 200 Kilometer breiten Meeresstreifen getrennt ist.

Die Spannungen bestehen auch auf dem Balkan weiter. Die griechischen und die türkischen Truppen stehen einander noch immer waffenstarr am Grenzfluß gegenüber. Auch dies ist keineswegs eine „Familienangelegenheit“ der NATO, handelt es sich doch um einen Raum, der unmittelbar an die Grenzen der sozialistischen Ländergemeinschaft anstößt.

Wie man sieht, haben die atlantischen Politiker wenigstens etwas erzielt: die Spannungen im östlichen Mittelmeer erhöht. Wie steht es aber um die „strategischen Vorteile“, die sich der Atlantikblock als ein Ergebnis seiner Umtriebe gegen Zypern ausrechnet?

„In gewissen Militärkreisen der NATO“, schreibt das Organ dieses Blocks **Nouvelles atlantiques**, „meint man, an der griechisch-türkischen Konfrontation habe die NATO einen nicht wiedergutzumachenden Schaden erlitten, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind... Undenkbar, daß die Griechen und die Türken in nächster Zukunft erneut an gemeinsamen Manövern der NATO teilnehmen, und offenbar ist das ganze



Staatspräsident Makarios

System des gemeinsamen Kommandos in Frage gestellt." Gegenwärtig wolle man, so die Reuter-Agentur, die Südflanke stärken und zu diesem Zweck dorthin zusätzliche „nichtgriechische und nichttürkische“ Truppenbestände verlegen.

Die Fehlkalkulation der NATO-Strategen ist gesetzmäßig. Heutzutage rächt es sich, wenn man versucht, sich über die Interessen der internationalen Sicherheit hinwegzusetzen. Heute darf niemand die Rechte der jungen blockfreien Staaten ungestraft mit Füßen treten.

Deshalb ließen die Teilnehmer einer auf Initiative der Solidaritätsorganisation der Völker Asiens und Afrikas nach Kairo einberufenen Sonderkonferenz zur Unterstützung des Kampfes des zypriotischen Volkes eine entschlossene Warnung dagegen ergehen, daß die Insel zu einem Objekt „der kollektiven neokolonialistischen Herrschaft unter der NATO-Ägide“ gemacht wird, und bekundeten die Entschlossenheit aller um ihre Freiheit ringenden Völker, Zypern bei der Behauptung seines Status als souveräner, unabhängiger und neutraler Staat zu helfen.

„Die gefährliche Situation auf Zypern betrifft die Interessen aller Länder und Völker dieses Mittelmeerraums“, die an der Festigung ihrer Sicherheit interessiert seien, erklärte auf der Konferenz Youssef

el Sebai, Generalsekretär der Organisation. „Die Afro-Asiatische Solidaritätsorganisation begrüßt die Initiative der Sowjetunion“, betonte er weiter, „die Verhandlungen über den Abzug der mit Atomwaffen bestückten Kriegsschiffe der UdSSR und der USA aus diesem Raum vorschlägt. In diesem Appell kommt das wirkliche Streben nach internationaler Entspannung zum Ausdruck.“

Von diesem Streben nach Entspannung, nach der Festigung des Weltfriedens läßt sich die UdSSR auch bei ihrer Haltung in der Zypernfrage leiten. Die Interessen des Friedens erheischen, daß über die Zukunft Zyperns nicht im „engen Kreis“ der NATO-Länder, nicht aufgrund ihrer bereits bankrotten „Garantien“ entschieden wird, die noch dazu den Vorwand für die ausländische Einmischung in die Angelegenheiten Zyperns abgaben. Zur Entscheidung dieser Frage besteht heute eine allgemein anerkannte Grundlage: die Resolution des Sicherheitsrates Nr. 353. Je rascher ihre Schlüsselpunkte verwirklicht werden, um so leichter wird es sein, die Lage auf Zypern zu normalisieren und die Gefahr für die Sicherheit des Mittelmeerraums zu beseitigen.

(Quelle: Neue Zeit, Nr. 33/1974, S. 10-11)

UNO - Resolution Nr. 353

Der Sicherheitsrat,

nachdem er in seiner 1779. Sitzung den Bericht des Generalsekretärs über die jüngsten Ereignisse auf Zypern geprüft hat,

nachdem er die Erklärung des Präsidenten der Republik Zypern und die Erklärungen der Vertreter Zyperns, der Türkei, Griechenlands und anderer Mitgliedländer gehört hat,

nachdem er in dieser Sitzung die weitere Entwicklung auf der Insel geprüft hat,

der tiefst den Ausbruch von Gewalttätigkeiten und das andauernde Blutvergießen beklagt,

der ernsthaft über die Situation beunruhigt ist, die zu einer schweren Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit führte und die eine der explosivsten Lagen im ganzen Raum des östlichen Mittelmeeres schuf,

der gleichfalls die Notwendigkeit sieht, die Verfassungsstruktur der Republik Zypern, die durch internationale Abkommen errichtet und garantiert wurde, wiederherzustellen,

der an die Resolution des Sicherheitsrates Nr. 186 (1964) vom 4. März 1964 und die

folgenden Resolutionen des Sicherheitsrates in dieser Angelegenheit erinnert,

der sich seiner Hauptverantwortung für die Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit in Übereinstimmung mit Artikel 24 der Charta der Vereinten Nationen bewußt ist,

1. ruft alle Staaten auf, die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Zyperns zu respektieren;

2. ruft alle an den gegenwärtigen Kämpfen beteiligten Parteien auf, als ersten Schritt alle Kampfhandlungen einzustellen, und ersucht alle Staaten, äußerste Zurückhaltung zu üben und jegliche Handlung zu vermeiden, die die Situation weiter verschärfen könnte;

3. fordert ein sofortiges Ende ausländischer militärischer Intervention in der Republik Zypern, die im Gegensatz zu Paragraph 1 steht;

4. verlangt den unverzüglichen Abzug des ausländischen Militärpersonals von der Republik Zypern, das sich nicht gemäß internationalen Vereinbarungen hier aufhält,

einschließlich derjenigen, deren Abzug von dem Präsidenten der Republik Zypern, Erzbischof Makarios, in seinem Brief vom 2. Juli 1974 verlangt wurde;

5. ruft Griechenland, die Türkei und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland auf, unverzüglich in Verhandlungen über eine Wiederherstellung des Friedens in der Region sowie der verfassungsmäßigen Regierung Zyperns einzutreten und den Generalsekretär (der Vereinten Nationen – die Red.) unterrichtet zu halten;

6. ruft alle Parteien auf, voll mit der UNFICYP (UNO-Streitkräfte auf Zypern – die Red.) zusammenzuarbeiten, um ihr die Ausübung ihres Mandats zu ermöglichen;

7. beschließt, ständig die Situation zu verfolgen, und fordert den Generalsekretär auf, zu berichten, wie er es für richtig befindet, um weitere Maßnahmen zu beschließen, damit so schnell wie möglich wieder friedliche Bedingungen hergestellt werden.

(Quelle: Material „S RES 353 (1974) 20 July 1974“ des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen)

Internationale Konferenz gegen Apartheid und Kolonialismus in Afrika Genf, 2.-5. September 1974

"Gegen Rassismus und Kolonialismus in Afrika" lautete das Thema einer Konferenz der nicht-staatlichen Organisationen, die vom 2. bis 5. September d.J. in Genf tagte.

Das Genfer Menschenrechtskomitee und das Komitee gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Apartheid und Kolonialismus der Vereinten Nationen (UNO) waren für die Ausrichtung der Konferenz verantwortlich. Neben zahlreichen Vertretern der UNO nahmen an der Konferenz teil: die Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika, 45 internationale nichtstaatliche Organisationen, 39 nationale gesellschaftliche Organisationen aus 21 Ländern sowie Vertreter von 29 Regierungen.

Als Veranstaltung im Rahmen des von der UNO proklamierten Jahrzehnts gegen Rassismus stellte sich die Konferenz die Aufgabe, eine gemeinsame Aktionsplanung zu erarbeiten und zu beschließen.

In 5 verschiedenen Arbeitskommissionen zu den Themen Politik, Ökonomie, Menschenrechte, Bildung und Massenmedien wurden spezifische Arbeitspapiere erstellt und Resolutionsanträge für das Anschlußplenar formuliert.

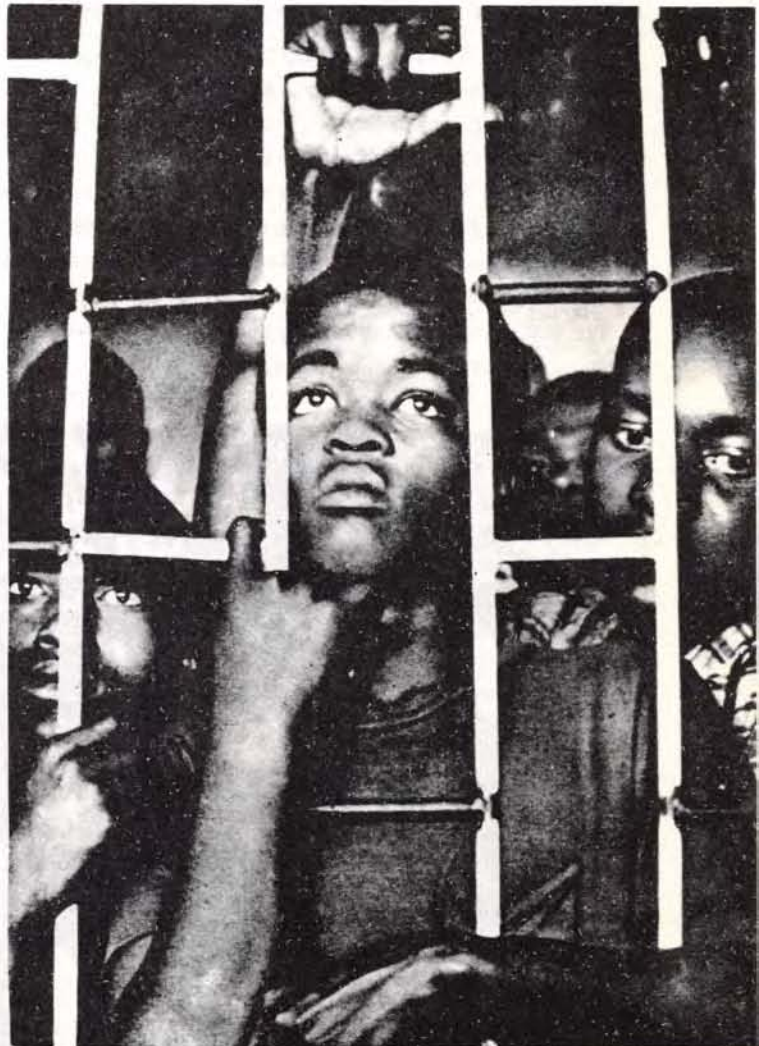
Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten auf dem Abschlußplenar folgende politische Vorhaben:

- Eine internationale Kommission, die die Verbrechen der Apartheidregime im Südlichen Afrika untersuchen wird, konstituierte sich. Diese Kommission soll ihre Untersuchungsergebnisse der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorlegen.

- Die Konferenz forderte alle Organisationen auf, den 11. Oktober 1974 zu einem Tag des Kampfes für die Freilassung aller politischen Gefangenen im Südlichen Afrika zu machen.

- Dem Kampf gegen nationale und multinationale Konzerne und ihre Investitionen im Südlichen Afrika soll in einer internationalen Solidaritätswoche, die am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember, beginnen wird, verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

- An alle Regierungen, die die rassistischen Staaten im Südlichen Afrika in irgendeiner Form unterstützen, wird ein Appell gerichtet, der dazu auffordert, die Hilfeleistungen für



die Rassisten einzustellen und die UN-Resolutionen zu respektieren.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang ein von der ökonomischen Kommission vorgelegtes Dokument, das die Kapitaloffensive der internationalen Konzerne und ihre stabilisierende Funktion für die Apartheidregime (im Südlichen Afrika) einschätzt und u.a. die negative Rolle der Bundesregierung verurteilt. Nachfolgend veröffentlichen wir Teile dieses Dokuments:

Erklärung der ökonomischen Kommission zu den Verletzungen der UNO- Sanktionsbeschlüsse

"1. Die weitestreichende und wirksamste ausländische Hilfe für die weißen Minderheitsregime im Südlichen Afrika (Republik Südafrika, Zimbabwe, Namibia) ist die internationale wirtschaftliche Unterstützung. Diese ökonomische Hilfe leisten Regierungen, multinationale Konzerne, Banken und Privatunternehmer. Ausländische Kapitalinvestitionen ermöglichen es vor allem dem südafrikanischen Regime, seine Wirtschaft zu konsolidieren und zu expandieren, hochentwickelte Technologien einzukaufen und eine eigene hochmoderne Rüstungsindustrie aufzubauen, um so die von der UNO beschlossene und von einigen Regierungen eingehaltene Rüstungsblockade zu umgehen.

den engsten Verbündeten der weißen Regime im Südlichen Afrika und sind ihre politischen Komplizen in allen Fragen, die das Überleben dieser Regime absichern.

Wir weisen entschieden die These zurück, daß diejenigen, die mit den Apartheidregimen Handel treiben oder im Südlichen Afrika investieren, zur Reform des Systems von innen heraus beitragen. Diejenigen, die von Kolonialismus und Apartheid profitieren, haben ein unmittelbares Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Regime.

Begrenzte Lohnerhöhungen für afrikanische Arbeiter haben keinerlei Auswirkungen auf die grundlegenden Ausbeutungsstrukturen, die durch



2. Die überdurchschnittliche Rentabilität des eingesetzten Kapitals lockt die ausländischen Investoren an. Dieses gewinnträchtige Klima ist das Resultat der doppelten Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter, was zum Wesen der Apartheid gehört.

Das internationale Kapital, das sich diesen Verwertungsbedingungen bedient, entwickelt zwangsläufig ein starkes Interesse an der Erhaltung des Status Quo. Die Konzerne und Handelsgesellschaften befinden sich daher unter

den vollständigen Ausschluß der afrikanischen Mehrheit von der politischen und wirtschaftlichen Macht gekennzeichnet sind.

Die Kommission stellt fest, daß Investitionen ausländischer Konzerne und Banken im Südlichen Afrika gleichzeitig eine Komplizenschaft mit den Apartheidregimes darstellen.

3. Wir machen keine Ausnahme bezüglich der Investitionen in den Bantustans.

Trotz der Versuche der Regierung der Republik

Südafrika, diesen Gebieten den Anschein politischer Selbständigkeit zu geben, sind die "homeland"-Regionen nicht in der Lage, ökonomisch lebensfähig zu werden; und nach wie vor dienen sie als Reservate billiger Arbeitskräfte für die gesamte südafrikanische Wirtschaft. Die Werbung der Republik Südafrika nach ausländischen Investitionen für diese Gebiete soll die Regierung von ihrer Verantwortung befreien, die sogenannten "homelands" wirtschaftlich zu entwickeln.

Ferner sollen die ökonomischen Mechanismen der Apartheid durch dieses Bild der Selbständigkeit verschleiert werden, und schließlich stellt die "homeland"-Politik den Versuch dar, den internationalen Aktionen gegen Apartheid entgegenzuwirken. (...)

9. Die Kommission weist mit Nachdruck auf die zentrale Rolle der Konzerne bei der Aufrechterhaltung von Apartheid und Kolonialismus hin - insbesondere der Monopole aus Westeuropa, Japan und den USA.

Sämtliche Investitionen müssen zurückgezogen werden; neue Investitionsprogramme müssen gestoppt werden; Darlehen oder andere Finanzhilfen müssen den weißen Rassistenregimen oder den Firmen, die in ihrem Herrschaftsbereich operieren, verweigert werden. Das internationale Waffenembargo muß von allen Staaten verhängt werden.

Die Konferenz ruft all die nichtstaatlichen Organisationen, deren Staaten die Hauptstützen der Apartheidregime darstellen, auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die mit den Rassisten kollaborierenden Kräfte zu entlarven und für den Abbruch jeglicher Unterstützungsmaßnahmen zu wirken.

Ohne die Verantwortung aller Staaten und Konzerne, die im Südlichen Afrika investieren, herabmindern zu wollen, macht die Kommission vor allem auf die Verletzung des internationalen Rüstungsembargos durch Frankreich sowie auf die Subventionierung der Rassistenregime durch das internationale und schweizerische Finanz- und Bankwesen aufmerksam. (...)

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Kommission weist auf die anhaltende und ständig steigende ökonomische, politische und militärische Unterstützung der Rassistenregime des Südlichen Afrika durch die Bundesrepublik Deutschland hin. Vor allem ist die Kommission über die enge Zusammenarbeit der BRD mit der Republik Südafrika bei der Entwicklung nuklearer Energie zutiefst beunruhigt.

Die Kommission ruft zu einer Kampagne inner-

und außerhalb der BRD auf, um die Regierung der Bundesrepublik und alle anderen Schuldigen zu veranlassen, die UN-Resolutionen einzuhalten.

SANKTIONEN GEGEN SANKTIONSBRECHER

Gemäß den Sanktionen der UNO-Charta sollen gegen die Staaten, die die UNO-Sanktionen fortwährend brechen, Strafen verhängt werden.

Wir rufen die Organisation für Afrikanische Einheit, die nichtstaatlichen Organisationen einschließlich der Gewerkschaften auf, die Zusammenarbeit gewisser Regierungen und vor allem der multinationalen Konzerne mit den Apartheidregimen zu verfolgen, um internationale Boykottmaßnahmen gegen die Hauptschuldigen ergreifen zu können; wir machen besonders aufmerksam auf: Lonrho (Großbritannien), VOEST (Österreich) und Union Carbide (USA), Gulf Oil (USA), Société Aquitaine (Frankreich), Unilever (Niederlande/Großbritannien), Philips (Niederlande) und Shell (Niederlande/Großbritannien).

DIE BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

Die Kommission ruft auf, die Anstrengungen zur materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen zu verstärken.

Für die portugiesisch-beherrschten Gebiete macht die Kommission auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam, die Befreiungsbewegungen ökonomisch zu unterstützen, damit sie die zahlreich anstehenden Probleme zur Erreichung ihrer vollständigen Unabhängigkeit lösen können. Die Kommission weist mit Nachdruck auf die ökonomische Abhängigkeit dieser Gebiete, die ein Resultat des Kolonialismus ist, hin und im Falle von Moçambique insbesondere auf die südafrikanischen Interessen und die deformierte Wirtschaftsstruktur, die fast ausschließlich auf die Landwirtschaft und den Export von Arbeitskräften nach Südafrika und Rhodesien ausgerichtet ist.

Die ökonomische Hilfe muß erheblich gesteigert werden, um zum nationalen Aufbau beizutragen, wo die politische Unabhängigkeit nun errungen ist.

Es ist entscheidend, die Wachsamkeit der Völker gegen die Gefahren einer neokolonialistischen Einmischung von Seiten der Republik Südafrika oder ihrer internationalen Verbündeten zu mobilisieren, die bereits jetzt versuchen, den Entkolonialisierungsprozeß für ihre Interessen zu nutzen."

Weltkirchenrat

Der Zentrallausschuß des Weltkirchenrats, in dem 267 nicht-römisch-katholische Kirchen zusammengeschlossen sind, hat Anfang August 1974 fast einstimmig beschlossen, sein vor 5 Jahren verabschiedetes "Antirassismus-Programm" fortzusetzen. Dieses "Antirassismus-Programm" war in der Vergangenheit vor allem in der Bundesrepublik von seiten des Rates der Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD) angefeindet und abgelehnt worden, wodurch sich die EKD innerhalb des Weltkirchenrats als ein entschiedener Verteidiger neokolonialistischer Interessen auswies.

Wie aus der Begründung für die Verlängerung des Programms, die weiter unten im Auszug abgedruckt ist, hervorgeht, sind nicht die materiellen, sondern vielmehr die politischen Konsequenzen dieses Programms von entscheidender Bedeutung: Mit der Definition des Rassismus bzw. rassistischer Diskriminierung als "untragbare Entstellung der menschlichen Beziehungen", die in institutionalisierter Form "Ungerechtigkeit (konsolidiert) und den Frieden zwischen den Völkern (bedroht)", verzichtete der Weltkirchenrat auf eine Verurteilung des bewaffneten Kampfes der von rassistischen Regierungen unterdrückten Völker. Dieser Einsicht entsprechend bestimmte der Weltkirchenrat 1971 als eine Aufgabe der Kirchen, sich "stets für die Befreiung der Unterdrückten und der Opfer von Gewaltmaßnahmen..." einzusetzen. Obgleich "Gewalt vielfach der Aufrechterhaltung des Status quo inhärent" sei, könne und wolle der Weltkirchenrat sich "nicht

völlig mit einer politischen Bewegung identifizieren, noch richte(t) er die Opfer des Rassismus, die sich zu Gewaltanwendung als letztem Ausweg gezwungen sehen, um erlittenes Unrecht wiedergutzumachen und den Weg in eine neue, gerechtere Gesellschaftsordnung zu öffnen".

Mit dieser eindeutigen Erklärung für den Kampf der Völker gegen Rassismus und Unterdrückung wurde deutlich, daß der Weltkirchenrat in entscheidenden Fragen von seinen früheren, pro-imperialistischen Positionen abgerückt und konservativ-reaktionäre Kräfte wie die EKD immer mehr in die Isolierung geraten waren - nicht zuletzt durch den Eintritt zahlreicher Kirchen aus den Ländern Asiens und Afrikas und der sozialistischen Staaten. Die 300.000 Dollar, die nach dem diesjährigen Beschluß zur Unterstützung des Kampfes gegen den Rassismus jährlich zur Verfügung stehen,

werden auch von den kirchlichen Gegnern des Antirassismus-Programms als viel zu gering für eine effektive Hilfe betrachtet. Richard von Weizsäcker begründete für die EKD bei der diesjährigen Tagung des Weltkirchenrats sein Nein zum Antirassismus-Programm: "Die Mittel des Sonderfonds ... sind rein symbolische Gaben. Eben deshalb sind es Gaben einer politischen Solidarität. So werden sie verstanden und auch politisch genutzt. Dafür gibt es vielfache Beweise." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Tagung des Zentrallausschusses, August 1974

Weiterführung des Antirassismus - Programms



Der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Philip Potter (links)

Wir möchten betonen, daß die Richtlinien, die wir zu bekräftigen wünschen, dieselben sind, die bereits in früheren Zentrallausschußdokumenten aufgestellt worden sind. Wir schließen uns der Definition des Rassismus-Begriffs an, wie sie von der Vollversammlung in Uppsala entgegengenommen wurde:

"Mit Rassismus meinen wir den ethnozentrischen Stolz auf die eigene rassische Gruppe, Bevorzugung der besonderen Wesensmerkmale dieser Gruppe, die Überzeugung, daß diese Merkmale grundsätzlich biologischer Art sind und den nachfolgenden Generationen weitergegeben werden. Negative Empfindungen gegenüber anderen Gruppen, die nicht an den eigenen Merkmalen teilhaben, verbunden mit dem Drang, die anders-rassische Gruppe zu diskriminieren und von der vollen Teilhabe am Leben der Gemeinschaft auszuschließen."

In Canterbury wurde diese Definition erweitert und der institutionelle Rassismus sozialer, wirtschaftlicher und politischer Machtstrukturen stärker betont. Es ist von Anfang an erkannt und herausgestellt worden, daß Rassismus ein Weltproblem ist, das sich in vielen verschiedenen Formen manifestiert. "Weil sich



aber nach 400 Jahren geschichtlichen und wirtschaftlichen Fortschritts Macht und Reichtum in den Händen der weißen Völker des Westens konzentrieren, stehen in den verschiedenen Teilen der Welt gerade die mannigfachen Erscheinungsformen, unter denen der weiße Rassismus auftritt, im Brennpunkt des Interesses." (Zentralausschuß-Protokoll, Canterbury, X.368). (...)

RASSISMUS UND MENSCHENRECHTE

Wie viele andere auch sind wir der Ansicht, daß Rassismus von jeher als eine Verletzung der Menschenrechte betrachtet wurde. Rassische Diskriminierung ist eine untragbare Entstellung der menschlichen Beziehungen; institutionalisierter Rassismus konsolidiert Ungerechtigkeit und bedroht den Frieden zwischen den Völkern. Rassismus ist eine von vielen Formen der Diskriminierung, wie etwa Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters, des Glaubens oder der nationalen Herkunft, von denen eine jede zur Vorenthaltung grundlegender Menschenrechte führen kann. (...)

SONDERFONDS

Im Zusammenhang mit der Empfehlung zur Weiterführung des Sonderfonds sind insbesondere zwei Fragen angesprochen worden. Beide waren bereits Gegenstand ausführlicher Dokumente, die dem Zentralausschuß in den vergangenen zwei Jahren vorgelegen haben; aus diesem Grunde haben wir diese Punkte in unserem letzten Dokument nicht mehr ausführlich behandelt.

Erstens die Frage, ob Gewalt im Streben nach sozialer Gerechtigkeit überhaupt jemals gerechtfertigt ist. Diese Frage war Thema einer

Studie, mit der der Zentralausschuß das Referat für Kirche und Gesellschaft beauftragt hatte. Der Bericht über die Studie wurde unter dem Titel "Gewalt, Gewaltfreiheit und der

Kampf um soziale Gerechtigkeit" vorgelegt. Dieser Bericht hat natürlich die jahrhundertalte Diskussion über Pazifismus und Nicht-Pazifismus als christliche Entscheidungsmöglichkeiten nicht beendet, doch hat er verschiedene Formen des Widerstandes gegen ungerechte und repressive politische, militärische und wirtschaftliche Machtstrukturen aufgezeigt. Wir möchten darauf hinweisen, daß PCR immer und überall zu gewaltfreien Aktionen ermutigt und die Kirchen aufgerufen hat, ihre Verpflichtung gegenüber Jesus Christus phantasievoll und anspruchsvoll in Aktionen für soziale Gerechtigkeit umzusetzen, auch wenn es solchen Organisationen, die sich zu militärischen Aktionen als letztem Ausweg zur Bekämpfung einer tyrannischen Unterdrückung gezwungen sehen, seine Unterstützung für ihre humanitären Programme nicht entzogen hat.

Auf seiner Tagung in Addis Abeba hat der Zentralausschuß die folgende Erklärung angenommen:

"(Der Zentralausschuß) ist der Auffassung, daß die Kirchen stets für die Befreiung der Unterdrückten und der Opfer von Gewaltmaßnahmen, die grundlegende Menschenrechte verletzen, einzutreten haben. Er weist darauf hin, daß Gewalt vielfach der Aufrechterhaltung des Status quo inhärent ist. Dennoch kann und will sich der ÖRK nicht völlig mit einer politischen Bewegung identifizieren, noch richtet er die Opfer des Rassismus, die sich zu Gewaltanwendung als letztem Ausweg gezwungen sehen, um erlittenes Unrecht wiedergutzumachen und den Weg in eine neue, gerechtere Gesellschaftsordnung zu öffnen." (Ohne Gegenstimmen und ohne protokollierte Stimmhaltungen angenommen).

Zweitens die Frage nach der Wirksamkeit der Unterstützung von Organisationen rassisch Unterdrückter durch den Sonderfonds und nach der Angemessenheit dieser Zuwendungen. Diese Frage war Gegenstand eines Berichtes an den Zentralausschuß auf seiner Tagung in Utrecht 1972. Das Dokument informierte ausführlich über die Entstehungsgeschichte des Sonderfonds, die Kriterien für die Vergabe von Zuwendungen sowie über Einnahmen und Ausgaben des Fonds, setzte sich auch mit seiner Zukunft auseinander und führte mehrere einleuchtende Gründe für seine Weiterführung an. Der Zentralaus-schuß hat diesen Bericht entgegengenommen und einstimmig beschlossen, den Sonderfonds auf mindestens eine Million Dollar zu erhöhen, und appellierte an die Mitgliedskirchen, Gruppen und Einzelpersonen, den Sonderfonds als ein Mindestzeichen ihrer Verpflichtung gegenüber den Zielsetzungen des Programms zu unterstützen.

EINSEITIGE AUFGABENSTELLUNG

Nachdem Stimmen laut wurden, daß das jüngste Dokument sich ausschließlich den Belangen der Unterdrückten zuwende und nicht auch denen der Unterdrücker, möchten wir auf die Feststellung in dem Hintergrunddokument zum Programm zur Bekämpfung des Rassismus verweisen, das 1973 dem Zentralaus-schuß in Genf vorgelegt wurde, und bekräftigen, was dort zu diesem Thema gesagt worden war:

"Jede Diskussion über Richtlinien und Programme zur Unterstützung rassisch unterdrückter Menschen muß von der Annahme ausgehen, daß die Befreiung unterdrückter Völker ein Akt ist, der nur dann wirksam ist, wenn er von den Unterdrückten selbst vollzogen wird. Kein noch so wohlmeinender Außenstehender kann ihnen diese Aufgabe abnehmen. Die Führer der Unterdrückten haben in ihren Erklärungen immer wieder deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Außenstehende nur eine unterstützende Funktion haben können. So erhebt sich für die Kirchen die Frage, wie sie den Befreiungskampf konkret unterstützen können. Unter dieser Voraussetzung besteht die Hauptaufgabe des Programms zur Bekämpfung des Rassismus darin, zunächst die Ursachen des Rassismus zu ergründen, um anschließend wirksame Mittel zu seiner Bekämpfung finden zu können. Gleichzeitig muß ein Programm zur Bekämpfung des Rassismus, das von den Kirchen durchgeführt wird, seinem Wesen nach auch auf die Befreiung der Unterdrücker hinwirken, denn die Befreiung der Unterdrücker steht in engem Zusammenhang mit der Befreiung der Unterdrückten."

ENTSCHLISSUNGEN

Im Licht der obigen Ausführungen und nach genauer Überprüfung der Probleme nimmt der Zentralaus-schuß die folgenden Empfehlungen an:

1. Der Zentralaus-schuß beschließt, das Programm zur Bekämpfung des Rassismus als ein laufendes Programm des ÖRK fortzusetzen; be-

stätigt die in den Protokollen der Zentral-ausschüsse von Canterbury (1969), Addis Abeba (1971) und Utrecht (1972) festgelegten Richtlinien und erneuert das Mandat der Kommission.

2. Der Zentralaus-schuß beschließt, seine Zuwendungen aus dem Sonderfonds an Bewegungen der unterdrückten Rassengruppen sowie an Organisationen, die die Opfer der Rassendiskriminierung unterstützen, fortzusetzen, und zwar mit einem alljährlich aufzubringenden und zu verteilenden Mindestbetrag von 300 000 Dollar.

3. Der Zentralaus-schuß beschließt, daß die Mitwirkung der Regionen unter Zusammenarbeit mit unterdrückten Rassengruppen bei der künftigen Arbeit des Programms zur Bekämpfung des Rassismus verstärkt gefördert werden muß und daß Richtlinien für die künftige Arbeit des Programms der Fünften Vollversammlung (1975) zur Diskussion vorgelegt werden sollen. Ferner fordert der Zentralaus-schuß, PCR möge die Notwendigkeit multipler Strategien im Kampf gegen den Rassismus prüfen und dem Exekutiv- oder Zentralaus-schuß baldmöglichst hierüber Bericht erstatten.

Deutsche Volkszeitung

ein
demokratisches
Wochenblatt –
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

Kurzinformation

Südliches Afrika

"Südafrika-Tribunal" heißt der Titel des vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) herausgegebenen Informationsdienstes, mit dem über die Vorbereitung eines Internationalen Tribunals am 15. Februar 1975 unterrichtet wird. Ziel des Tribunals ist es, "Anklage zu erheben gegen die Verbrechen des Rassismus und der kolonialen Unterdrückung, wie sie von dem Apartheidregime in Südafrika und der weißen Minderheitsregierung in Rhodesien an der afrikanischen Bevölkerung verübt werden". Vertreter der antimperialistischen Befreiungsbewegungen Südafrikas, Namibias und Zimbabwes (Rhodesien) sollen u.a. als Experten und Zeugen über die Situation im südlichen Afrika berichten. Eine weitere Hauptaufgabe des Tribunals wird sein, die Rolle der westdeutschen Unternehmen und die politische Unterstützung, die die südafrikanischen Rassisten trotz weltweiter Verurteilung ihres Regimes von den reaktionären Kräften unseres Landes erhalten, aufzuzeigen.

Entsprechend seines Beschlusses vom Januar d. J. ruft das ASK "alle fortschrittlichen Organisationen, Gruppen und interessierten Einzelpersonlichkeiten auf, sich an der Vorbereitung des Tribunals zu beteiligen und bietet seine Zusammenarbeit an".

Der Informationsdienst, der beim ASK, 6 Frankfurt/Main, Eichwaldstr. 32 zu bestellen ist, enthält darüber hinaus aktuelle Kurzberichte über die Situation der politischen Gefangenen in Namibia; über die Tagung des Anti-Apartheid-Ausschusses der UNO; über den Anteil der Bundesrepublik, ihrer Monopole und Regierung an der Aufrechterhaltung rassistischer Regimes im südlichen Afrika; über die Niederlage, die die südafrikanischen Rassisten und ihre Freunde im Internationalen Turnerbund einstecken mußten; über den Aufruf des DGB zur verstärkten Solidarität mit Südafrikas Arbeitern gegen die multinationalen Konzerne.

Südkorea

Eine neue Repressionswelle des südkoreanischen Regimes Park Tschung Hi alarmierte im Juli/August d.J. die Weltöffentlichkeit. Ein Militärgericht in Seoul verhängte gegen 14 Personen die Todesstrafe, 15 Häftlinge erhielten lebenslängliche Haft und 26 Personen zwischen 15 und 20 Jahren Gefängnis.

Zu den zum Tode verurteilten Demokraten gehören So Do Won, Vorsitzender der "Nationalen

Demokratischen Föderation der Jugend und Studenten", To Jhe Chong, der ehemalige Führer der "Revolutionären Volkspartei", Daniel Tschi, der Katholische Bischof von Wondschu und der Dichter Kim Tschi Ha.

Die Betroffenen wurden beschuldigt, Kritik an der 1972 unter Kriegsrecht erlassenen neuen Verfassung geübt sowie politische Aktivitäten für die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte und für die friedliche Wiedervereinigung mit Nordkorea entfaltet zu haben. Die verschärfte Repression der Seouler Behörden gegen die demokratische Bewegung zeugt von einer ernststen Krise des Park-Regimes.

Das am 15. August 1974 auf Park verübte Attentat - bei dem Parks Frau den Tod fand - bot daher dem Regime einen willkommenen Anlaß, die Unzufriedenheit der südkoreanischen Bevölkerung in antijapanische Stimmungen umzu lenken.

Den Tatbestand, daß der Attentäter von Seoul einer japanischen Exilorganisation angehört, nutzte Park, um die japanische Regierung der Mitverantwortung zu bezichtigen. Die gegen die japanische Botschaft in Seoul gerichteten militanten Demonstrationen der letzten Wochen wurden vom Park-Regime daher auch großzügig geduldet. Verhaftungen unter den randalierenden Jugendlichen blieben aus.

Inzwischen wurden selbst im US-Senat Stimmen laut, die eine Kürzung bzw. Einstellung der Auslandshilfe für Südkorea fordern. Für das Park-Regime käme das einer existentiellen Bedrohung gleich, denn die USA stützten seine reaktionären Regierungen der letzten 25 Jahre mit einer "Wirtschaftshilfe" von 11,6 Mrd Dollar und der Stationierung von 40.000 US-Soldaten.



Die schützende Hand für den Terror Pak Tschong His

Karikatur: Manke

Chile

Chilenische Demokraten in der Bundesrepublik haben in ihrem Pressedienst Nr. 4 eine Liste zusammengestellt, die Auskunft gibt über die Anzahl und Lage der Konzentrationslager, üblichen Foltermethoden und solche Personen, die direkt oder indirekt für die Folterung und Ermordung von Tausenden politischen Häftlingen, von Frauen und Kindern, Arbeitern, Bauern, Offizieren und Ministern verantwortlich sind.

Auf dieser Liste werden die Namen von 103 der verschiedensten Verbrechen schuldigen Personen genannt, stellvertretend für viele andere und repräsentativ für diejenigen Kräfte, die die Militärjunta stützen: angefangen beim Chef der Militärjunta Pinochet, über Generäle der verschiedenen Waffengattungen, Geheimdienst- und Polizeioffiziere, Ärzte und Psychologen in verantwortlichen Positionen bis hin zu den niederen militärischen Rängen.

Stellvertretend für Tausende werden einige ihrer Opfer aufgezählt, ihre Leiden beschrieben.

Die hier abgedruckten Informationen, die auf Zeugenaussagen beruhen, ergänzen auf schockierende Weise das Bild des vom faschistischen Terror heimgesuchten Chile.

Die Dokumentation kann bestellt werden beim: Antiimperialistischen Solidaritätskomitee, 6 Frankfurt/Main, Eichwaldstr. 32

Spenden zur Unterstützung des antifaschistischen Kampfes des chilenischen Volkes werden erbeten auf das Konto: PSchA Frankfurt/M., Sonderkonto Prof. E. Wulff
Kennwort: Chile-Solidarität
Kontonummer 52 70 55 602

Peru

Die peruanische Regierung, die Ende Juli d.J. ein Gesetz zur Übernahme aller Presseorgane durch gesellschaftliche Massenorganisationen erlassen hatte, leitete Anfang August die Enteignung der 8 größten Zeitungen des Landes ein, die nunmehr an Bauernverbände, Gewerkschaften, Kulturvereinigungen etc. übergeben werden. Daraufhin kam es in Lima zu militanten Demonstrationen reaktionärer Kräfte, die die Rückgabe der enteigneten Presseorgane an ihre bisherigen Eigentümer - Großgrundbesitzer und Industrielle - forderten. Bei den Ausschreitungen ließ die Regierung rund 400 Beteiligte verhaften, darunter zahlreiche US-Bürger.

Präsident Velasco Alvarado wies die Kritik der "Interamerikanischen Presse Assoziation" an dem neuen Pressegesetz energisch zurück, stünden doch an der Spitze dieser Organisation Leute, "die der Oligarchie und den imperialistischen Kreisen dienen".

Schulmaterialien und Sportausrüstungen



In den letzten Monaten konnten die von Portugal kolonial unterdrückten Völker von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique bedeutende Fortschritte im Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit erringen.

Die internationale Solidaritätsbewegung muß jetzt helfen, die Wunden des mehr als 10jährigen Kolonialkrieges zu heilen und die Völker bei ihrer Aufbauarbeit zu unterstützen.

Das Antiimperialistische Informationsbulletin möchte durch die Sammlung von Schulmaterialien und Sportausrüstungen zum Aufbau des Schulsystems in Angola, Guinea-Bissau und Moçambique beitragen.

Wir fordern alle Organisationen, Verbände, Gruppen und Personen auf, sich an der Aktion durch Sach- und Geldspenden zu beteiligen.

Sachspenden erbitten wir an die Adresse der Redaktion:

**Antiimperialistisches Informationsbulletin
355 Marburg/L., Liebigstr. 46**

Geldspenden auf das Konto:

**Sonderkonto W. Breuer, Köln
Postscheckamt Köln, PSchK 171387**